



Presseinformation

Nr. 26.019

28.01.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 20 – Recht auf Freiwilligendienst

Dazu sagt die jugendpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Nelly Waldeck**:

Freiwilligendienste stärken

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Kolleg*innen,

wenn im August jemand neues zu uns in die Fraktion kommt, um ein FSJ zu machen, dann weiß man nie, wo sie im nächsten Jahr stehen. Die eine dreht Videos und denkt sich gute Social Media Ideen aus, die andere organisiert einen feministischen Kunstworkshop mit einer darauffolgenden Ausstellung und die dritte verzieht sich nach kurzer Zeit ins Innenbüro und beschäftigt sich intensiv mit Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein.

Und das ist das Tolle an Freiwilligendiensten: Sie sind einerseits eine große Unterstützung für die Orte, an denen sie wirken, ob hier im Landtag, in einer sozialen Einrichtung oder im Naturschutz, andererseits bieten sie aber auch wertvolle Orientierungschancen für die eigenen Interessen und Verantwortungsübernahme in einem gleichzeitig geschützten Rahmen. Deshalb ist es richtig, dass jede und jeder, die oder der das möchte, einen Freiwilligendienst absolvieren können sollte.

Die Forderung eines Rechtsanspruchs auf ein Freiwilligendienst kommt von Trägern der Freiwilligendienste und wurde als Antwort auf die Pflichtjahrdebatte entwickelt. Und das mit einer klaren Logik: Es ist völlig absurd, über ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr zu sprechen, während es Personen gibt, die eins machen möchten und keinen Platz bekommen.

Allerdings sind wir inzwischen ein paar Schritte weiter. Die Debatte um die Wehrpflicht ist abgeschlossen, es wird erstmal kein Pflichtjahr oder Pflichtdienst geben. Und leider spielen in der jetzigen Ausgestaltung der Musterung und des Wehrdienstes die Freiwilligendienste gar keine Rolle.

Hier hätte ich mich gefreut, wenn die SPD im Bund die Stärkung der Freiwilligen- und Zivilarbeit mehr im Fokus gehabt hätte. Der gesamte Musterungsprozess verkennt, dass es auch zivilen Schutz braucht, beim Katastrophenschutz oder in der Gesundheitsversorgung, um zwei Beispiele zu nennen. Den hätte man durch eine Stärkung der Freiwilligendienste im selben Schritt implementieren können. Hier wurde eine Chance verpasst.

Trotzdem bleibt das Thema der Plätze relevant. Wenn Menschen Lust haben, sich ein Jahr für die Gesellschaft zu engagieren, dann darf es doch nicht daran scheitern, dass wir nicht ausreichend Plätze zur Verfügung stellen! Und das nicht nur generell, sondern insbesondere für den jeweiligen Interessenbereich. Wer Lust hat, beruflich Krankenhausstrukturen kennenzulernen, dem hilft es nicht, in der Schutzstation Wattenmeer zu arbeiten. Und umgekehrt natürlich genauso. Deswegen braucht es genug Kapazität in allen Feldern.

Junge Menschen sollen ihren Dienst auch in dem Bereich leisten können, der sie interessiert, ob im sozialen Bereich, in der Pflege, in der Bildung oder im Umwelt- und Naturschutz. Wenn mehr Menschen ein FSJ machen wollen, dann muss das auch möglich sein.

Um Freiwilligendienste für alle Menschen zugänglich zu machen, müssen wir auch über die finanzielle Situation sprechen. Während die Lebenshaltungskosten in allen Bereichen steigen, bleibt das Taschengeld auf gleicher Höhe, und das, obwohl das Taschengeld an sich schon viel zu knapp bemessen ist. Aktuell steht ein Freiwilligendienst finanziell in etwa einem Gap-Year gleich. Wer sich leisten kann, ein Jahr ohne Einkommen zu leben oder sich von seinen Eltern ein Jahr alimentieren zu lassen, der kann sich gesellschaftlich engagieren. Solange dieses gesellschaftliche Engagement ein Privileg ist, sollten wir uns Pflichtjahrdebatten gut überlegen.

Deshalb fordern wir heute auch, das Taschengeld deutlich zu erhöhen, sodass die notwendigen Bedarfe der Lebensführung berücksichtigt werden. Gleichzeitig müssen auch die Förderpauschalen für die Träger jährlich dynamisch an die Inflation angepasst werden. Alles andere gefährdet die Qualität und Stabilität der Freiwilligendienste.

Ein wichtiger Schritt in Richtung bezahlbarer Freiwilligendienst war das vergünstigte Ticket, dass alle Freiwilligendienstleistenden in Schleswig-Holstein inzwischen bekommen. Und auch wenn das Deutschlandticket inzwischen deutlich überinflationär gestiegen ist und ich nur hoffe, dass wir jetzt nicht jedes Jahr mit weiteren Preissteigerungen rechnen müssen, möchten wir heute nochmal grundsätzlich festlegen, die Preissprünge beim Ticket aufzufangen. Damit ersparen wir Trägern und Freiwilligen längere Unsicherheiten.

Aber zur Ehrlichkeit gehört auch dazu, dass viele Plätze nicht besetzt werden. Das gilt insbesondere für den sozialen Sektor. Deswegen finde ich zwei Dinge wichtig:

Wir müssen das Angebot bekannter machen. Viele junge Menschen wissen gar nicht, was ein FSJ ist und welche verschiedenen Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Und wissen überhaupt ältere Menschen, dass es keine Altersgrenze für Freiwilligendienste gibt? Deshalb muss die Informationsarbeit verstärkt und die Öffentlichkeitsarbeit förderfähig werden.

Wir müssen auch aufpassen, dass Freiwilligendienstleistende attraktiv bleiben und die Freiwilligen nicht fehlende Fachkräfte ersetzen sollen. Denn aktuell zeichnet sich in verschiedenen Bereichen ab, dass mehr Freiwillige abbrechen. Hier braucht es ausreichend Begleitung, gute Rahmenbedingungen und mehr Unterstützung für die Freiwilligen.

Freiwilligendienste sind unverzichtbar für junge Menschen, für den sozialen Zusammenhalt und für den Umwelt- und Klimaschutz. Darüber sind wir uns offensichtlich in diesem Haus weitestgehend einig. Ich freue mich, ein klares Votum ans Sozialministerium zu geben, sich für die Stärkung der Freiwilligendienste im Bund einzusetzen.

Vielen Dank!

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de